



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Bauen und Umwelt
Status:	öffentlich
Datum	21.08.2018

TOP 16. Bebauungsplan Nr. 47A "Vorderer Hafenbereich", Neuaufstellung Beschluss zur Auslegung

Die Verwaltung stellt die Planzeichnung sowie die Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung vor. Von der Öffentlichkeit seien keine Stellungnahmen eingegangen. Die Träger der öffentlichen Belange hätten verschiedene Stellungnahmen abgegeben. Die Verwaltung stellt die Planzeichnung vor. Hier seien neben den textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften u. a. auch die für die Mischgebiete erforderlichen Schallkontingente aufgenommen worden. Weiterhin sei auf der privaten Grünfläche am Hafeneingang eine Baufläche für eine bauliche Anlage von bis zu 90 qm festgesetzt worden. Hier solle die Aufstellung des Museumsschiffs „Otto Schülke“ planerisch zulässig werden.

Die Verwaltung erläutert zum Planentwurf, dass aufgrund interner Diskussionen ein Beschluss gefasst worden sei, den temporären Lagerplatz östlich der PKW-Aufstellfläche am Fähranleger 1 aus dem Geltungsbereich zu entfernen. Somit ergebe sich ein neuer Geltungsbereich. Auch die Kartierungen der Brut- und Gastvögel würden an den neuen Geltungsbereich entsprechend angepasst werden. Zudem fehlten derzeit noch der Umweltbericht sowie das Schallschutzgutachten, welche bei der Auslegung vorlägen.

1. stv. BM Padberg fragt, ob die Festsetzung zur Aufstellung des Museumsschiffs noch mehr an das Vorhaben angepasst werden könnte. Die Verwaltung erklärt, die Festsetzung müsse allgemein gefasst werden, damit auch andere Einzelvorhaben zukünftig zulässig sein könnten. Die Begründung spreche jedoch von einer „platzgestaltenden baulichen Anlage“, um das Erstellen von Nebenanlagen aus-zuschließen.

Empfehlungsbeschluss an den VA

Dem vorliegenden Entwurf zur Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 47 A „Vorderer Hafenbereich“ mit Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.

Es wird beschlossen, den Entwurf der Satzung mit Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats bzw. mindestens 30 Tagen öffentlich auszulegen.

Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB wird gleichzeitig durchgeführt.

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt stimmt dem Empfehlungsbeschluss einstimmig zu.